

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nach 5 Uhr für den folgenden Tag. Preisprospekt: Die Abholung in der Geschäftsstelle und der Postämtern 2 Mk., im Voraus, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Vorbestellung 2 Mk., nachhaken 2 Mk., für Postbestellung 2,50 Mk. Die Postbestellung erfolgt an die Geschäftsstellen. Abbestellungen sind jederzeit möglich. Die Abbestellung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Druck: Wilsdruff-Druckerei. Druckort: Wilsdruff. Druckzeitung: Wilsdruff-Druckerei. Druckzeitung: Wilsdruff-Druckerei.

Nr. 297 — 84. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Mittwoch 23. Dezember 1925.

Die künftigen Wirtschaftsverhandlungen

Berlin, 21. Dez. Für den Beginn des nächsten Jahres sind folgende Handelsvertragsverhandlungen vorgesehen: Die Abmachungen mit Oesterreich und der Schweiz sollen im Januar zu endgültigen Verträgen erweitert werden. Ferner wird ein neuer Vertrag mit Portugal zu verhandeln sein, da der alte am 31. Dezember d. J. abläuft. Die gegenwärtigen Körperverträge haben den alten Vertrag bereits provisorisch bis zum 31. März nächsten Jahres verlängert.

Spanien hat Anfang Dezember Vorschläge unterbreitet, die annehmbar scheinen. Deutschland hat gestern der spanischen Regierung in einer Note mitgeteilt, daß es bereit ist, auf der Grundlage dieser Verträge zu verhandeln, vorausgesetzt, daß Spanien zu weiteren Zugeständnissen bereit ist. Die spanischen Vorschläge sehen eine 100prozentige Deckung des spanischen Exports nach Deutschland vor, aber nur eine 75prozentige Deckung des deutschen Exports nach Spanien.

Die Verhandlungen mit Polen sind durch den neuen polnischen Zolltarif vom 15. November, der ein Musterbeispiel für den Ueberprotektionismus darstellt, immer noch wesentlich erschwert. Deutschland wird in den kommenden Verhandlungen den Gesamtkomplex der schwebenden Fragen aufrollen, aber sich nicht mit einem Stappentzug begnügen. Die deutsche Wirtschaft, und zwar Industrie und Landwirtschaft in gleichem Maße, ist der Ansicht, daß Polen besonders wegen seiner Währungsverhältnisse ein sehr schlechter Käufer ist und daher für uns im Augenblick wenig Interesse hat. Deutschland wird die ihm aufgezwungenen Waffen des Weltkrieges erst dann aus der Hand legen können, wenn es die Zustimmung hat, daß es auf dem polnischen Markte aufzutreten kann.

In den Verhandlungen mit England wird Deutschland bemüht sein, eine Verständigung herbeizuführen, daß England die im Handelsvertrage vorgesehenen Zollabmachungen nicht dazu benützen darf, im Interesse des Ausbaus seiner eigenen Industrie die deutschen Waren vom englischen Markte abzusperren. Die englischen Zollmaßnahmen sind zudem sehr kleinlich; so wurden z. B. belanglose Seidenbändchen in Zigarettenschuhen peinlichst verzollt. Die Verhandlungen werden überhaupt viel leichter sein, wenn es gelingt, England zu einer klaren Stellungnahme dazu zu zwingen, ob es Schutzzölle oder, wie es vorgibt, reine Finanzzölle erhebt. Die Zielrichtung der deutschen Handelsvertragsverhandlungen wird auch im kommenden Jahre die alte sein mit dem Gedankensatz einer europäischen Wirtschaftsverständigung. (Z. U.)

Verbesserung d. deutschen Handelsbilanz

Starker Rückgang der Einfuhr. — Ausichten für einen Ausgleich im Dezember?

Berlin, 21. Dez. Im November 1925 betrug die Einfuhr einschließlich 36,8 Millionen Gold und Silber 894,8 Millionen, mithin die reine Wareneinfuhr 857,5 Millionen gegenüber 1074,2 Millionen im Vormonat, die Ausfuhr einschließlich 5,1 Millionen Gold und Silber 796,9 Millionen, mithin die reine Warenausfuhr 791,8 Millionen gegenüber 846,5 Millionen im Oktober. Es ergibt sich demnach

eine Passivität im reinen Warenverkehr von 67,7 Millionen gegenüber 228 Millionen im Oktober.

Das gesamte Volumen des Außenhandelsverkehrs erreicht mit 1691 Millionen ungefähr den Umfang des gleichen Monats im Vorjahre, doch betrug damals der Passivsaldo 505 Millionen. Da erfahrungsgemäß der Dezember ein Monat steigender Ausfuhr und fallender Einfuhr ist, rechnet man für den laufenden Monat mit einem Ausgleich der Handelsbilanz. Die Gesamtpassivität des laufenden Jahres beträgt bisher rund 3,7 Milliarden. (Z. U.)

Französisches Votum für das Kabinett

Finanzminister Doumer gab gestern im Finanzausschuß Erklärungen über die Kosten der militärischen Operationen in Marokko und Syrien ab, die sich im Etatsjahre 1925 auf 950 Millionen Frank belaufen. Jedoch sind hierin nicht einmal die Kosten für die Böhningen der dort stehenden Truppen einbezogen, die in das ordentliche Budget eingestellt worden sind. Für das Etatsjahr 1924 hat Doumer die Kosten für Marokko und Syrien auf 600 Millionen Frank veranschlagt, deren Einstellung in das Budget er forderte.

In der Französischen Kammer gab es eine ausgedehnte Syriendebatte, in deren Verlauf verschiedene Abgeordnete die französische Politik in Syrien heftig angriffen. Ein

Rußland und die Weltpolitik.

Schischterin bei Strefemann.

Beratungen über wirtschaftspolitische Fragen.

Der russische Volkstommislar des Äußeren, Schischterin, der sich seit einigen Tagen in Berlin aufhält, ist am Montag vom deutschen Außenminister Dr. Strefemann empfangen worden und hat mit ihm über wirtschaftspolitische Fragen, namentlich im Hinblick auf die künftige deutsch-russische Ein- und Ausfuhr, beraten. Schischterin war außerdem Gast des Generals von Seckl. Am Dienstag lehrte Schischterin wieder nach Moskau zurück.

Schischterin hat sich zu Pressevertretern über Rußlands Stellung zu den wichtigsten politischen Ereignissen der letzten Zeit geäußert. Die Deutschland am meisten angehende Frage ist natürlich die Stellung Rußlands zu den Locarno-Verträgen. Schischterin bemerkte hierzu, daß Rußland die Versicherungen Deutschlands, daß sich Locarno nicht gegen die Sowjetrepublik richte, durchaus ernst nehme. Rußlands Befürchtungen in Sachen des Locarno-Vertrages gründeten sich nach wie vor auf die Tatsache, daß die für die deutsche Regierung geschaffene Lage durch das Locarno-System, in dem die englische Regierung die Stellung eines Schiedsrichters einnimmt, sich dahin auswirken könnte, daß Deutschland eines Tages sich einem politischen Druck nicht entziehen kann, der bezweckt, Deutschland von Rußland abzubringen. Die Entscheidung des Völkerbundes in der Moskauer Frage hält Schischterin für sehr verhängnisvoll. An einer Abrüstungskonferenz wolle sich Rußland gern beteiligen.

Schischterin sprach sich über die Ergebnisse seiner Pariser Reise sehr begeistert aus und betonte, daß Rußland auch mit England freundschaftliche Abmachungen treffen wolle. Auch auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Amerika lege Rußland größten Wert. Gegenüber China verhalte sich Rußland vollkommen korrekt. Er betonte allerdings, daß Rußland Sumatra habe für das Programm der Kuomintang-Partei,

nämlich für das Programm eines freien, offenen, demokratischen und modernisierten China. Schließlich betonte Schischterin nochmals, daß Rußland vorläufig nicht beabsichtige, in den Völkerbund einzutreten, um die vollkommene Freiheit der Aktion zu behalten. Schischterin sagte zusammenschließend, daß er sich nicht die Besorgnisse verhehlen könne, die er beim Anblick der gegenwärtigen internationalen Verhältnisse empfinde.

Rußland gegen Locarno und Dawes-Pakt.

Auf dem im Moskauer Kommunistschen Parteikongress wandte sich der Berichterstatter Stalin gegen Locarno, Völkerbund und Dawes-Abkommen. Stalin führte im einzelnen aus, daß die Gegensätze zwischen Siegern und Besiegten nach dem Abbruch neuer Formen angenommen hätten. So werde Deutschland mit Hilfe des Dawes-Paktes ausgeplündert. Die Folgen davon wären in diesem Lande finanzielle Zusammenbrüche und Arbeitslosigkeit. Die Westmächte wollten den russischen Markt Deutschlands übergeben, damit dieses seinen Dawes-Verpflichtungen nachkommen könne. Dies sei jedoch eine Rechnung ohne den Wirt. Rußland wolle zwar seinen Charakter als Agrarland behalten, seine Maschinen jedoch selbst herstellen. Der Vertrag von Locarno habe die politische Atmosphäre Europas weiter verhärtet. Mit jenem Pakt möchte man den Raub Oberitaliens und des sogenannten polnischen Korridors rechtfertigen. Der Dawes-Pakt trage den Keim eines Umschwungs in Deutschland in sich, und der Vertrag von Locarno bedeute einen neuen europäischen Krieg.

Auch zwischen Siegern gäbe es Gegensätze, so zum Beispiel den englisch-amerikanischen Petroleumkampf, der nach der Umstellung der Flotten auf Motorenbetrieb ungeheurer gefährlich werden könne. Rußland wolle einen Handel mit dem Ausland auf breiter Basis. Dann berührte Stalin auch die Schuldenfrage und sagte, Rußland sei in dieser Hinsicht bereit, mit England und Frankreich einige Ausnahmefälle zu besprechen.

Deputierter rechnete aus, daß Frankreich seit 1920 bereits über 2 Milliarden Frank dort verbraucht hätte. Der Abg. Desjardins verlangte, daß die Generale Sarraill und Michaud in den Anklagezustand versetzt würden. Ministerpräsident Briand verteidigte die Generale und rechtfertigte die Beschließung von Damas. Er wandte sich vor allem dagegen, daß das Mandat in Syrien dem Völkerbund zurückgegeben würde. Den Syrern stellte er eine eigene Verfassung und eine selbständiges Parlament in Aussicht.

Schließlich sprach die Kammer mit 300 Stimmen gegen 29 Stimmen der Regierung das Vertrauen aus und nahm eine Tagesordnung an, die den Offizieren und Soldaten und allen denen, die Frankreich in Syrien dienen, die Anerkennung zollt und das Vertrauen der Regierung ausdrückt, daß sie eine Politik der Pazifizierung betreibe und daß sie die Verhältnisse in Syrien im Einklang mit dem Völkerbunde organisiere werde.

Erhöhte Kampfaktivität in Marokko.

Paris. Nach den letzten Nachrichten aus Marokko beginnen die Feindseligkeiten, die während der Regenzeit fast völlig eingestellt worden waren, wieder aufzuleben. Nach einer Meldung aus Casablanca sind die Rittstuppen in Lechaster Tätigkeit, obwohl die Berge noch mit Schnee bedeckt sind. Besonders am oberen Uezgha und in der Gegend von Uezgan bemühen sich die Rittstuppen um die Zurückgewinnung verlorenen Gebietes. Auf französischer Seite werden jetzt die gleichen Kampfmaßnahmen an wie bei den Rittstuppen. Die eingeschickten Streitkräfte, die auf beiden Seiten des Rifseees durchzuarbeiten und hinter deren Rücken zu operieren. Eine Reihe von Stämmen, die bisher auf der Seite Abd-el-Krims standen, sind durch diese Kampfart zum Abfall vom Rifsee veranlaßt worden. Auf der spanischen Front macht sich ein erneuter Druck der Rittstuppen geltend, besonders in der Richtung auf Ajdir.

Die Stickstoffwechsel.

Voraussetzliche Prolongierung.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat sich in seiner Sitzung vom 18. Dezember 1925, wie bereits mitgeteilt, damit einverstanden erklärt, daß das Reich einem zu bildenden Bankenkonsortium gegenüber für Stickstoffwechsel, die von jetzt an bis zum Ende des Düngejahres aufgenommen werden, eine Ausfallgarantie bis zur Höhe von 20 Millionen Reichsmark übernimmt. Zur Vermeidung von Mißverständnissen bezüglich der Bedeutung dieser Reichsgarantie wird folgendes mitgeteilt:

Der Stickstoffabsatz erfolgt zu ungefähr gleichen Teilen durch die landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzorganisationen, insbesondere durch die Genossenschaften einerseits und

durch den Vungemittelhandel andererseits. Angenahm der starken kurzfristigen Verschuldung der Landwirtschaft war es das Bestreben der Reichsregierung, Vorkehrungen zu treffen, das Wechselverbindlichkeiten aus dem Bezug von Dünger für die Frühjahrbestellung nicht bereits nach drei Monaten fällig werden, sondern deren Bezahlung bis nach der neuen Ernte aufgeschoben werden kann.

Soweit der Bezug durch die landwirtschaftlichen Organisationen geschieht, erfolgt die Finanzierung in der Hauptsache durch die Preußische Zentralgenossenschaftskasse, die vornehmlich in der Lage sein wird, neue Düngeerwechsel bis nach der nächsten Ernte zu prolongieren. Soweit der Bezug von Stickstoff durch den Handel erfolgt, mußte ein neuer Weg gefunden werden, um die Prolongation der Wechsel zu sichern. Es sind Verhandlungen mit einem Bankenkonsortium eingeleitet mit dem Ziele, daß dieses Konsortium die Prolongation der über den Düngerhandel laufenden Wechsel bis zur nächsten Ernte übernimmt. Das Konsortium ist aber nach den geführten Verhandlungen nur dann bereit, diese Aufgabe durchzuführen, wenn ihm eine Ausfallgarantie in bestimmter Höhe gegeben wird.

Diese Garantie soll nach dem vom Haushaltsausschuß des Reichstages gefassten Beschlusse vom Reich in Verbindung mit dem Reichsstaatsbankrott übernommen werden. Es handelt sich also bei diesem Beschlusse des Haushaltsausschusses lediglich darum, die Prolongation der neuen Stickstoffwechsel bis zur nächsten Ernte zu sichern. Eine Garantie für den einzelnen Verkäufer oder Händler wird dadurch, wie auch im Haushaltsausschuß des Reichstages zum Ausdruck gebracht wurde, nicht übernommen.

Der Kampf um den Alkohol.

Verschärfung der Prohibition in Amerika.

Das amerikanische Schatzamt hat eine Verfügung erlassen, die vom 1. Februar 1926 ab die Verwendung von Branntwein, Rum und Gin bei der Herstellung medizinischer Präparate, Würzgetränke und Sineps verbietet. Alkohol und Weine können statt dessen verwendet werden. Die Ausführung von ärztlichen Rezepten durch die Apotheker wird durch diese Vorschrift nicht betroffen.

Im Repräsentantenhaus unternahm der Republikaner Ware einen heftigen Angriff auf das Antialkoholgesetz, das sich als unbrauchbar erwiesen habe. Die Bundesregierung habe bei dem Versuch, die Durchführung zu erzwingen, Millionen ausgegeben und müsse sich jetzt als geschlagen belassen. Ware trat dafür ein, ein Bier mit 2,75 % Alkohol zuzulassen. Andere Anträge sind noch weitergehend. Der Präsident der Columbia-Universität, Butler, erklärt in einem Schreiben, der Versuch, ein allgemeines Alkoholverbot durch Änderung der Landesverfassung herbeizuführen, habe sich als katastrophal erwiesen. Das Prohibitionsgesetz sei angesichts seiner schädlichen Folgen die unmoralischste Maßnahme der Regierung gewesen.